Stadt EMDEN

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.06.2026
Beginn der Sitzung:	17:00 Uhr
Ende der Sitzung:	18:53 Uhr
Sitzungsort:	Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Rosema, Swantje

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Rehling, Gertrud (bis 18:12 Uhr)
Warnecke, Detlef (bis 18:26 Uhr)

CDU-Fraktion
Ohling, Albert (bis 18:37 Uhr)
Risius, Andrea

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Göring, André
Ouedraogo, Abdou

GfE-Fraktion
Martens, Michael

Fraktion DIE LINKE.
Luitjens, Stefan

Beratende Mitglieder
Albrecht, Evgeniya
Fielers, Stephan (bis 18:36 Uhr)
Kamer, Stefan

Verwaltungsvorstand
Grendel, Volker (17:04 Uhr bis 18:27 Uhr)

von der Verwaltung
Schabler, Martin
Lisson, Carsten
Hilbers, Sabine
Imamovic, Edvija
Müller, Berend
Obes, Dirk, Dr.
Schüning, Helga
Strauch, Constantin
Dübbelde, Sven
Stöhr, Daje
Wessels, Alide

Protokoll Nr. 30 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 24.06.2026

Protokollführung
Klaaßen, Celina

Gast

Janssen, Holger	(bis 18:44 Uhr)
Weiser, Erika	(bis 17:49 Uhr)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Rosema begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 27 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 27.11.2025

Beschluss: Das Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 27.11.2025 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Abschluss einer Leistungs- und Vergütungsvereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft Emder Berufsbetreuer über die Durchführung der „Unabhängigen sozialrechtlichen Unterstützungsleistung – (UsU)“
Vorlage: 18/2045

Herr Müller stellt zunächst Frau Stöhr aus dem Fachdienst Gesundheit vor. Sie sei Ansprechpartnerin für die Kontakt- und Vermittlungsstelle und fungiere als Bindeglied zur Arbeitsgemeinschaft der Berufsbetreuer im Bereich der erweiterten Unterstützung (UsU).
Anschließend erläutert er die Beschlussvorlage.

Frau Rosema bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Götze erkundigt sich, wo die Kontakt- und Vermittlungsstelle angesiedelt sei und an wen sich Betroffene wenden könnten.

Frau Stöhr erklärt, dass sie die Kontakt- und Vermittlungsstelle betreue und im Gesundheitsamt der Stadt Emden tätig sei. Sie ermittle zunächst den individuellen Hilfebedarf und vermittle die Fälle anschließend an die beteiligten Berufsbetreuer. Zur Qualitätssicherung würden zudem in der Regel viermal jährlich Besprechungen mit der Steuerungsgruppe stattfinden.

Herr Göring begrüßt die vorgesehene Dynamisierung der Vergütung. Angesichts der in der Vergangenheit wiederholt geäußerten Kritik an der finanziellen Ausstattung der Berufsbetreuer sei dies ein sinnvoller Schritt, um zukünftigen Konflikten vorzubeugen. Er betont die Bedeutung des Angebots trotz der schwierigen Haushaltslage und bittet um eine nähere Erläuterung der Aufgaben der Steuerungsgruppe.

Herr Müller erläutert, dass die Steuerungsgruppe aus zwei Ansprechpartnern der Arbeitsgemeinschaft der Berufsbetreuer bestehe. Diese würden in Zusammenarbeit mit der Kontakt- und Vermittlungsstelle die Fallsteuerung übernehmen und die eingehenden Fälle möglichst ausgewogen auf die beteiligten Berufsbetreuer verteilen.

Ziel der erweiterten Unterstützung sei es, konkrete Hilfebedarfe frühzeitig und intensiv zu bearbeiten, um nach Möglichkeit die Einrichtung einer rechtlichen Betreuung zu vermeiden. Eine solche solle erst dann erfolgen, wenn die erforderliche Unterstützung anderweitig nicht sichergestellt werden könne. Angesichts der begrenzten Zahl verfügbarer Berufsbetreuer sei es wichtig, diese Ressourcen gezielt einzusetzen. Zugleich könne die Stadt mit dem Angebot den durch die Betreuungsrechtsreform erweiterten gesetzlichen Anforderungen an die Unterstützung durch die Betreuungsstelle nachkommen.

Herr Grendel ergänzt, dass es sich um eine freiwillige Leistung im Rahmen einer gesetzlichen Pflichtaufgabe handele. Die Kommune sei verpflichtet, entsprechende Unterstützung sicherzustellen, könne jedoch selbst entscheiden, in welcher Form sie dieser Verpflichtung nachkomme.

Herr Ouedraogo bedankt sich für die Erläuterungen. Er begrüßt die gefundene Lösung und hebt hervor, dass insbesondere Menschen in schwierigen Lebenssituationen auf eine verlässliche Unterstützung angewiesen seien.

Herr Warnecke betont die wichtige Arbeit der Berufsbetreuer und erkundigt sich nach der jährlichen Zahl der betreuten Fälle sowie den damit verbundenen Kosten.

Frau Stöhr erläutert, dass die Fälle zunehmend komplexer würden und daher neben der Fallzahl insbesondere der jeweilige Stundenaufwand berücksichtigt werden müsse. Im vergangenen Jahr seien fünf neue Fälle mit insgesamt 160 Stunden bearbeitet worden. Bei Anwendung des nun vorgesehenen Stundensatzes entspreche dies Kosten von rund 12.000 Euro. Hinzu kämen vier weitergeführte Fälle aus den Vorjahren mit insgesamt rund 30 Stunden. Auf dieser Grundlage sei ein jährlicher Mittelbedarf von insgesamt 15.000 Euro ermittelt worden.

Zur besseren Budgetkontrolle solle der Abrechnungszeitraum verkürzt werden. Künftig hätten die beteiligten Berufsbetreuer ihre Leistungen innerhalb eines Monats nach Abschluss des jeweiligen Auftrags abzurechnen.

Frau Rehling regt an, das Thema zu Beginn des kommenden Jahres erneut auf die Tagesordnung zu setzen, um auch die Mitglieder des neu gewählten Rates über die Entwicklung der erweiterten Unterstützung, insbesondere die Fallzahlen und die bisherigen Erfahrungen, zu informieren.

Beschluss: Mit der Arbeitsgemeinschaft Emder Berufsbetreuer wird eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung über die Durchführung der „Unabhängigen sozialrechtlichen Unterstützungsleistung – (UsU)“ geschlossen.

Ergebnis: einstimmig

M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

TOP 6 Vorstellung der neuen Vorsitzenden des Seniorenbeirates der Stadt Emden
Vorlage: 18/2037

Frau Weiser stellt sich als neue Vorsitzende des Seniorenbeirates vor. Sie habe den Vorsitz zu Beginn des Jahres übernommen und verfüge aufgrund ihrer langjährigen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit, insbesondere in verschiedenen Betriebsratsgremien, über umfangreiche Erfahrungen in der Interessenvertretung.

Als einen Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit benennt sie die Einsamkeit älterer Menschen. Besonders wichtig sei es, diejenigen zu erreichen, die kaum noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen würden und durch bestehende Angebote nur schwer angesprochen werden könnten. Hierzu plane der Seniorenbeirat für November eine gemeinsame Veranstaltung mit einem Essen. Die Finanzierung solle möglichst über Sponsoren erfolgen. Eine kostenlose An- und Abreise mit dem öffentlichen Nahverkehr zum Kulturbunker sei bereits abgestimmt. Zur Ansprache der betroffenen Menschen würden unter anderem Kontakte über die Tafel in Betracht gezogen.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die Schaffung von mehr seniorengerechtem und bezahlbarem Wohnraum, insbesondere kleineren Wohnungen. In diesem Zusammenhang regt Frau Weiser an, bei der zukünftigen Nachnutzung des Klinikums auch eine Umgestaltung bisheriger Bettenhäuser zu Wohnzwecken zu prüfen. Der Seniorenbeirat wolle frühzeitig in die entsprechenden Planungen eingebunden werden, um eigene Vorschläge einbringen zu können.

Herr Grendel erläutert, dass zur Nachnutzung des bisherigen Klinikums eine Arbeitsgruppe eingerichtet werde. Die Planungen umfassten verschiedene Bereiche, darunter medizinische und therapeutische Nutzungen, die mögliche Entwicklung eines Gesundheitscampus sowie Fragen der Quartiersentwicklung und des Wohnens. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen hätten frühere Voruntersuchungen teilweise überarbeitet werden müssen. Zudem sei eine tatsächliche Umsetzung erst nach dem Umzug des Klinikums möglich.

Die organisatorische Struktur des umfangreichen Projekts müsse zunächst sorgfältig festgelegt werden. Herr Grendel sichert Frau Weiser zu, dass der Seniorenbeirat von Beginn an in die weiteren Beratungen einbezogen werde.

Frau Weiser berichtet außerdem über Überlegungen, die bestehenden Beiräte künftig stärker zusammenzuführen. Hintergrund seien unter anderem Schwierigkeiten bei der Gewinnung ehrenamtlicher Mitglieder sowie inhaltliche Überschneidungen zwischen den verschiedenen Interessenvertretungen. Gerade bei älteren Menschen würden häufig zugleich Berührungspunkte mit den Themen Migration oder Teilhabeeinschränkungen bestehen. Eine gemeinsame Struktur könne daher Vorteile bieten. Die konkrete Ausgestaltung werde derzeit noch beraten.

Herr Ouedraogo bedankt sich bei Frau Weiser für die Übernahme des Vorsitzes und begrüßt die vorgestellten Ziele. Er spricht zudem die zukünftige Beteiligung von Ratsmitgliedern an den Beiräten an.

Herr Grendel stellt klar, dass sich die Verwaltung hierzu noch in einem laufenden Abstimmungsprozess befinde. Die Beiräte sollten die Politik unabhängig beraten und eigene Anregungen entwickeln können. Gleichzeitig sei eine enge Verbindung zu den politischen Gremien sinnvoll. Es müsse daher geprüft werden, wie eine Beteiligung der Fraktionen ausgestaltet werden könne, ohne die Eigenständigkeit der Beiräte einzuschränken. Hierzu werde die Verwaltung eine entsprechende Vorlage vorlegen.

Herr Göring gratuliert Frau Weiser zur Wahl und begrüßt ihre Bereitschaft, sich aktiv in die politische Beratung einzubringen. Er wünsche sich grundsätzlich eine stärkere Beteiligung der beratenden Mitglieder an den Ausschusssitzungen. Gerade bei Themen, die ältere Menschen unmittelbar betreffen würden, sei deren Erfahrung für politische Entscheidungen von großer Bedeutung.

Frau Weiser regt an, Vertreterinnen und Vertreter des Seniorenbeirates bei Bedarf auch zu Beratungen innerhalb der Fraktionen einzuladen. Dadurch könnten die Anliegen älterer Menschen frühzeitig in politische Überlegungen einfließen.

Frau Rehling gratuliert Frau Weiser ebenfalls und begrüßt insbesondere den Schwerpunkt zur Bekämpfung von Einsamkeit. Die größte Herausforderung werde darin bestehen, tatsächlich diejenigen Menschen zu erreichen, die von sozialer Isolation betroffen seien.

Herr Götze schlägt vor, die bestehenden Kontakte zu den Seniorengruppen der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, zu nutzen. Dort würden umfangreiche Netzwerke bestehen, über die auch ältere Menschen erreicht werden könnten.

Frau Weiser erklärt, dass bereits Kontakte zur IG Metall bestehen würden.

Herr Grendel weist darauf hin, dass die zentrale Aufgabe der Beiräte in der politischen Beratung und Interessenvertretung liege. Sie sollten auf Grundlage ihrer Erfahrungen politische Anregungen und Projekte entwickeln, jedoch nicht die Aufgaben bestehender Beratungs- und Hilfesysteme übernehmen. Bei individuellen Unterstützungsbedarfen sei eine gute Vernetzung mit den zuständigen Stellen wichtig.

Herr Schabler ergänzt, dass mit den überarbeiteten Richtlinien zur Projektförderung und dem Verfügungsfonds bereits Möglichkeiten geschaffen worden seien, Initiativen gegen Einsamkeit zu unterstützen. Über die Gemeinwesenarbeit könnten entsprechende Projekte unmittelbar in den Stadtteilen umgesetzt werden. Als Beispiel verweist er auf eine bereits bestehende Initiative

in Barenburg. Für die geplanten Vorhaben des Seniorenbeirates würden damit sowohl mögliche Kooperationspartner als auch Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Herr Martens gratuliert Frau Weiser und weist darauf hin, dass die mögliche Zusammenführung der Beiräte noch politisch zu beraten sei. Eine gemeinsame Struktur könne gegebenenfalls zu einer stärkeren Interessenvertretung beitragen.

Herr Fielers merkt an, dass Anregungen des Seniorenbeirates in der Vergangenheit aus seiner Sicht nicht immer ausreichend politisch aufgegriffen worden seien. Als Beispiel nennt er den früheren Wunsch nach einer niedrigschwelligen Anlaufstelle für ältere Menschen in der Innenstadt. Darüber hinaus kritisiert er die bislang geringe finanzielle Ausstattung des Seniorenbeirates. In anderen Kommunen stünden für die Seniorenarbeit teilweise deutlich höhere Mittel zur Verfügung. Zugleich bestätigt er, dass bereits Kontakte zu Gewerkschaften und anderen Organisationen bestehen würden.

Frau Risius gratuliert Frau Weiser im Namen der CDU-Fraktion. Sie hebt die Bedeutung eines regelmäßigen Austauschs zwischen Seniorenbeirat und Fraktionen hervor. In ihrer Fraktion sei bereits eine Vertreterin des Seniorenbeirates beratend eingebunden. Dies ermögliche es, entsprechende Anliegen unmittelbar in die politische Arbeit aufzunehmen. Auch sie begrüßt die Auseinandersetzung mit dem Thema Einsamkeit.

Herr Grendel stellt ergänzend klar, dass eine Mitgliedschaft in einer Partei oder Fraktion einer Mitarbeit in einem Beirat nicht entgegenstehe. Offen sei lediglich, ob und in welcher Form eine offizielle Entsendung politischer Vertreter vorgesehen werden solle. Dabei müssten sowohl die politische Anbindung als auch die Eigenständigkeit des Beirates berücksichtigt werden.

Frau Rosema bedankt sich abschließend bei Frau Weiser für die Vorstellung und wünscht ihr für die weitere Arbeit viel Erfolg.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Entwicklung des freiwilligen Engagements und Projekt "Integration durch ehrenamtliches Engagement (IdEE)"
Vorlage: 18/2042

Frau Imamovic hebt zu Beginn die Bedeutung freiwilliger Leistungen für das gesellschaftliche Zusammenleben hervor. Trotz der schwierigen kommunalen Haushaltslage seien diese Angebote unverzichtbar, da sie wichtige gesellschaftliche Aufgaben erfüllten, die durch andere Strukturen nicht vollständig abgedeckt werden könnten. Insbesondere das freiwillige Engagement werde auch zukünftig eine zentrale Rolle spielen.

Anschließend stellen **Herr Dübbelde** und **Frau Wessels** von der Freiwilligenagentur die Entwicklung des freiwilligen Engagements sowie das Projekt „IdEE“ anhand einer Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ouedraogo bedankt sich ebenfalls und würdigt die Arbeit der Freiwilligenagentur. Insbesondere die Ansätze zur Förderung des gesellschaftlichen Miteinanders und zur Einbindung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen seien aus seiner Sicht von großer Bedeutung.

Herr Ohling erkundigt sich, inwieweit es gelinge, über die Online-Plattform neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Viele Vereine und Organisationen würden bereits über eigene Netzwerke verfügen und hätten dennoch Schwierigkeiten, freiwillige Helfer zu finden. Zudem fragt er, wie viele der vermittelten Personen dauerhaft in einem Ehrenamt verblieben.

Herr Dübbelde erläutert, dass die Online-Plattform lediglich eines von mehreren Instrumenten zur Gewinnung Freiwilliger sei. Daneben betreibe die Freiwilligenagentur aktive Öffentlichkeitsarbeit und organisiere unter anderem den Freiwilligentag. Interessierten Personen würden in der Regel drei unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten angeboten, damit sie eine passende Tätigkeit kennenlernen könnten.

Die Erfahrungen zeigten, dass ein großer Teil der vermittelten Personen anschließend im freiwilligen Engagement verbleibe. Im Jahr 2025 seien insgesamt 99 Personen erfolgreich vermittelt worden, im laufenden Jahr bislang 48. Diese Zahlen würden sich auf sämtliche vermittelten Freiwilligen beziehen und nicht ausschließlich auf Personen mit Migrationshintergrund.

Frau Wessels ergänzt, dass sich regelmäßig auch Menschen unmittelbar über die Online-Plattform oder persönlich im Büro der Freiwilligenagentur meldeten. Mit diesen werde anschließend Kontakt aufgenommen, um geeignete Einsatzmöglichkeiten zu finden.

Herr Grendel erläutert, dass sich die Formen freiwilligen Engagements in den vergangenen Jahren verändert hätten. Während das klassische Ehrenamt häufig mit einer dauerhaften und regelmäßigen Verpflichtung verbunden sei, bevorzugten manche Menschen heute zeitlich begrenzte oder projektbezogene Einsätze. Eine digitale Plattform könne solche Angebote sichtbar machen und Interessierte mit Organisationen zusammenbringen, die beispielsweise für einzelne Veranstaltungen oder Aktionen Unterstützung benötigten. Durch die überregionale Vernetzung könnten entsprechende Angebote auch außerhalb des eigenen Wohnortes genutzt werden.

Herr Schabler hebt hervor, dass die Förderung des freiwilligen Engagements ein wichtiges Ziel der Fachbereiche sei. Das vorgestellte Projekt verdeutliche, wie zusätzliche Potenziale erschlossen werden könnten. Dies gelte insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch für weitere Bevölkerungsgruppen, beispielsweise junge Menschen. Die Freiwilligenagentur leiste mit ihren unterschiedlichen Ansätzen einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung neuer Ehrenamtlicher.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Ausblick auf das Projekt „Emder Bewegungssommer"
Vorlage: 18/2044

Frau Schüning stellt das Projekt „Emder Bewegungssommer“ 2026 anhand einer Präsentation vor. Diese ist hier einsehbar.

Frau Rosema bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring erkundigt sich nach der Altersstruktur der Teilnehmenden und fragt, ob hierzu Auswertungen für die einzelnen Stadtteile vorliegen würden.

Frau Schüning erklärt, dass für das laufende Jahr noch keine abschließenden Erkenntnisse vorliegen würden, da das Angebot erst am 01.06. begonnen habe. Die Erfahrungen des

vergangenen Jahres hätten gezeigt, dass überwiegend Frauen im mittleren und höheren Lebensalter an den Angeboten teilgenommen hätten. Je nach Sportart gebe es jedoch deutliche Unterschiede. Einzelne Angebote würden gezielt jüngere Menschen ansprechen.

Da das Programm gegenüber dem Vorjahr verändert und um weitere Angebote ergänzt worden sei, könne sich auch die Zusammensetzung der Teilnehmenden verändern. Grundsätzlich richteten sich die Angebote ausdrücklich an Frauen und Männer gleichermaßen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Bericht zu den Ergebnissen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Pakt-ÖGD)
Vorlage: 18/2046

Herr Müller stellt den Abschlussbericht zu den Ergebnissen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Pakt-ÖGD) vor.

Er erläutert, dass die Corona-Pandemie erhebliche Modernisierungsbedarfe im öffentlichen Gesundheitsdienst aufgezeigt habe. Ziel der verschiedenen Förderprogramme sei es gewesen, insbesondere die digitale Ausstattung, die Arbeitsabläufe sowie die interne und externe Kommunikation der Gesundheitsämter zu verbessern.

Im Rahmen des Förderprogramms ÖGD-Pakt Teil B seien für das Gesundheitsamt der Stadt Emden mehr als 40 Einzelmaßnahmen entwickelt worden. Der ursprüngliche Förderantrag habe Maßnahmen im Umfang von rund 265.000 Euro sowie zusätzliche optionale Maßnahmen von etwa 165.000 Euro umfasst. Insgesamt seien Fördermittel in Höhe von knapp 430.000 Euro bewilligt worden.

Die Projektlaufzeit habe am 01.10.2022 begonnen und sei ursprünglich auf zwei Jahre ausgelegt gewesen. Aufgrund von Verzögerungen und zur besseren Ausschöpfung der Fördermittel sei später eine Verlängerung ohne zusätzliche Mittel bewilligt worden.

Von den insgesamt bewilligten Mitteln seien rund 320.000 Euro eingesetzt worden. Etwa 110.000 Euro hätten an den Fördermittelgeber zurückgezahlt werden müssen. Dies entspreche einer Mittelverwendung von rund 75 Prozent.

Herr Müller erläutert, dass einzelne ursprünglich geplante Maßnahmen im Projektverlauf nicht hätten umgesetzt werden können oder sich als nicht förderfähig erwiesen hätten. Dies betreffe unter anderem den vorgesehenen Anschluss an die Telematikinfrastruktur zur digitalen Kommunikation im Gesundheitswesen. Da eine Finanzierung aus dem ÖGD-Pakt hierfür nicht zulässig gewesen sei, hätten die entsprechenden Mittel nicht verwendet werden können.

Zu den erfolgreich umgesetzten Maßnahmen gehöre insbesondere die Modernisierung von mehr als 40 Arbeitsplätzen im Gesundheitsamt durch mobile Arbeitsstationen und eine neue technische Standardausstattung.

Darüber hinaus sei die Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz digitalisiert worden. Während diese zuvor ausschließlich in Präsenz angeboten worden sei, könne sie inzwischen überwiegend online durchgeführt werden. Präsenztermine fänden nur noch einmal monatlich statt.

Weitere Maßnahmen umfassten die Erweiterung des Fachverfahrens ISGA um zusätzliche Module und Schnittstellen sowie die Einführung einer telemedizinischen Impfberatung mit digitaler Terminvereinbarung.

Herr Müller teilt mit, dass die KfW den Abschlussbericht und den Verwendungsnachweis inzwischen geprüft und die ordnungsgemäße Abwicklung einschließlich der Rückzahlung bestätigt habe. Das Förderprojekt sei damit vollständig abgeschlossen.

Er berichtet außerdem über ein weiteres Kooperationsprojekt mit dem Land Niedersachsen und einer Partnerkommune. Hierfür seien Fördermittel in Höhe von 150.000 Euro als Pauschalförderung bereitgestellt worden. Das Projekt ende am 31.08. des laufenden Jahres. Die vollständige Vereinnahmung der Fördermittel sei bereits bestätigt worden. Ein Abschlussbericht und ein Verwendungsnachweis müssten noch erstellt werden.

Frau Rosema bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring erkundigt sich nach dem konkreten Ablauf der vorgestellten Impfberatung. Er fragt insbesondere, welche Impfangebote das Gesundheitsamt vorhalte und wie diese im Verhältnis zur hausärztlichen Versorgung einzuordnen seien.

Herr Müller erläutert, dass das Gesundheitsamt bereits vor der Digitalisierung Impfangebote vorgehalten habe. Diese ergänzten insbesondere die Versorgung von Personen, die keinen Hausarzt hätten oder kurzfristig eine Impfung benötigten.

Die Impfungen selbst würden weiterhin im amtsärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes durchgeführt. Die vorgelagerte Beratung sowie die Terminvereinbarung könnten inzwischen jedoch online erfolgen. Das Angebot umfasse sowohl Reiseimpfungen als auch die von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlenen Impfungen.

Seit dem Beitritt zur Rahmenvereinbarung Impfungen könne das Gesundheitsamt die entsprechenden Impfleistungen mit dem Land abrechnen. Dabei würden die Kosten für die Impfstoffe erstattet und zusätzlich eine Vergütung für die Durchführung der Impfungen gezahlt.

Herr Dr. Obes ergänzt, dass gesetzlich Krankenversicherte die von der Rahmenvereinbarung erfassten Routineimpfungen im Gesundheitsamt kostenfrei erhalten könnten. Privatversicherte könnten das Angebot ebenfalls nutzen und die Kosten anschließend bei ihrer Krankenversicherung einreichen.

Besonders stark nachgefragt werde die Reiseimpfberatung. Nicht alle niedergelassenen Arztpraxen würden entsprechende Beratungen oder sämtliche Reiseimpfungen anbieten. Das Gesundheitsamt sei unter anderem als Gelbfieberimpfstelle zugelassen und werde deshalb auch von Personen außerhalb Emdens aufgesucht. Gerade für diese Zielgruppe biete die Online-Beratung eine deutliche Erleichterung.

Auf weitere Nachfrage von **Herrn Göring** bestätigt **Herr Dr. Obes**, dass sich auch gesetzlich Versicherte ohne Hausarzt direkt an das Gesundheitsamt wenden könnten. Termine könnten online gebucht werden. Dabei bestehe sowohl die Möglichkeit, unmittelbar eine bestimmte Impfung auszuwählen, als auch zunächst eine Beratung in Anspruch zu nehmen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.